

1 **Antragstitel: Liberale Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen**

2
3 **Antragsteller: Landesvorstand advokatorisch für Arbeitsgruppe Integ-**
4 **ration, Joachim Stamp (Leiter), Dr. Bijan Dijn-Sarai, Mi-**
5 **chael Kauch MdB, Christian Lindner MdL, Gabi Molitor,**
6 **Bernd Paßmann, Alexander Plahr, Susanne Schaperdot**

7
8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9
10 **Ausgangslage:**

11
12 Die Bundesrepublik Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Das gilt in be-
13 sonderem Maße für Nordrhein-Westfalen. Die Einwanderer seit den 1960er Jahren ha-
14 ben einen bedeutenden Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und zur kulturellen Vielfalt
15 unseres Landes geleistet. Sie haben viele unbekannte persönliche Erfolgsgeschichten
16 geschrieben. Ohne Zuwanderung gäbe es in Nordrhein-Westfalen seit Anfang der
17 neunziger Jahre eine negative Bevölkerungs-Dynamik. Angesichts einer alternden Be-
18 völkerung helfen erfolgreich integrierte Menschen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer
19 Wirtschaft sowie die Zukunft der Sozialsysteme zu sichern. Zahlreiche Migranten haben
20 sich in unsere Gesellschaft integriert und sind zu einem großen Gewinn für unser Land
21 geworden.

22
23 Aber es sind auch zunehmend die Schattenseiten schlecht gesteuerter Zuwanderung
24 und unzureichender Integration deutlich geworden. Daher ist es die Aufgabe der Politik,
25 Fehlentwicklungen zu analysieren und die Weichen für eine verbesserte Integration zu
26 stellen.

27 Lange Jahre hat die Politik – auch die FDP – geglaubt, Integration geschehe bei allen
28 Zuwanderern von allein. Dies hat sich als Irrglaube erwiesen. Auch der deutsche Pass
29 ist keine Gewähr für Integration. Integrationsprobleme betreffen sowohl Ausländer als
30 auch Eingebürgerte sowie Spätaussiedler, die rechtlich immer Deutsche waren.

31
32 Bereits jetzt weisen bereits über ein Drittel der Kinder unter 6 Jahren einen Migrations-
33 hintergrund auf. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Integration, welche durch den
34 demographischen Wandel noch verstärkt wird.

35
36 Heute sind wir mit erheblichen Problemen konfrontiert, die das Ergebnis fehlender und
37 verfehlter Integrationspolitik sind:

- 38
39 - Es gibt immer noch Menschen, die dauerhaft bei uns leben und nicht einmal eine ein-
40 fache Unterhaltung auf Deutsch führen können.
41 - Die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund sind
42 immer noch deutlich schlechter als die der einheimischen Bevölkerung,
43 - Die Tendenz zur Gettoisierung in unseren Städten hat nicht abgenommen, sondern
44 sich weiter verstärkt.
45 - Frauen mit Migrationshintergrund erfahren vielfach keine Gleichberechtigung.
46 - Die wechselseitigen religiösen Vorbehalte sind nicht schwächer geworden, sondern
47 weiter gewachsen.
48 - Nichtintegrierte Migranten begehen überproportional bestimmte Formen der Kriminali-
49 tät (z.B. Raub, Körperverletzung, Taschendiebstahl).

50
51 Die FDP betrachtet Migranten auch weiterhin als Gewinn für unsere Gesellschaft. Sie
52 fordert aber dazu auf, fair und offen über Fehlentwicklungen durch mangelnde Integri-
53 ation in Deutschland zu sprechen.

54 Eine erfolgreiche Integrationspolitik kann heute nur über Parteiengrenzen hinweg erfol-
55 gen. Integrationspolitik ist für die Zukunft Deutschlands so fundamental, dass sie nicht
56 im Wahlkampf populistisch vereinfacht und zum Schüren von Ressentiments miss-
57 braucht werden darf. Daher ist ein neuer parteiübergreifender Konsens für die Integri-
58 ationspolitik zusammen mit Migranten und der Mehrheitsgesellschaft notwendig, der auch

1 über Wahlkämpfe hinweg hält.

2
3 Integration kann nur vor Ort gelingen. Die FDP tritt daher dafür ein, dass sich das Be-
4 wusstsein in der Kommunalpolitik und den lokalen Verwaltungen für die Bedeutung der
5 Integration deutlich verstärkt. Gemeinsam mit Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften,
6 Vereinen und kommunaler Verwaltung arbeiten Liberale an einer verbesserten Integra-
7 tionspolitik mit.

8 9 **Liberale Werte und Ziele in der Integrationspolitik**

10
11 Eine Gesellschaft wird durch Vielfalt bereichert. Liberale begrüßen die ethnische und
12 kulturelle Unterschiedlichkeit in unserem Land. Wir sind ein Einwanderungsland und
13 müssen es angesichts von Globalisierung und demografischer Entwicklung auch blei-
14 ben.

15
16 Menschen sind nicht gleich, aber gleichwertig. Jede und jeder soll die Freiheit haben,
17 sich auf der Basis der individuellen Eigenschaften, Fähigkeiten, Werte und Ziele zu ent-
18 falten.

19
20 Allerdings kann eine Gesellschaft diese Freiheit für alle nur dann gewährleisten, wenn
21 sie ein gemeinsames Fundament hat. Dazu gehören für die deutsche Gesellschaft gute
22 Kenntnisse der deutschen Sprache, Geschichte und Kultur sowie die vorbehaltlose Ak-
23 zeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Grundwerte, auf der die-
24 se beruht. Es gibt keine Toleranz gegenüber der Intoleranz und keine Freiheit, die Frei-
25 heit anderer auszuhöhlen. Potenzielle Konflikte dürfen nicht mit einer sozialromanti-
26 schen Verklärung von Unterschiedlichkeit zugeschüttet werden.

27 Die Liberalen achten die kulturelle Unterschiedlichkeit von Migrantengruppen. Eine sol-
28 che Akzeptanz findet ihre Grenze aber in den individuellen Freiheitsrechten und Ent-
29 wicklungsmöglichkeiten einzelner Migrantinnen und Migranten. Die Rechte der Individu-
30 en haben Vorrang vor der Kultur von Gruppen.

31
32 Fordern und Fördern, diese Grundprinzipien moderner Sozialpolitik müssen auch stär-
33 ker für die Integrationspolitik gelten. Politik muss Angebote schaffen und auch die deut-
34 schen Unternehmen, Organisationen und Bürger sollten auf die Einwanderer zugehen.
35 Aber jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund ist in erster Linie selbst gefordert,
36 Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Das betrifft vor allem
37 Sprache, Bildung, Arbeit und Teilhabe am Leben der Mehrheitsgesellschaft. Es muss
38 verdeutlicht werden, dass der Aufenthalt im Zuwanderungsland nicht nur mit Rechten,
39 sondern auch mit Pflichten verbunden ist.

40
41 Die Aufnahmegesellschaft muss im Gegenzug auch eine Willkommenskultur etablieren.
42 Mit einer solchen Willkommenskultur kann Neuankommenden geholfen werden, erste
43 Hürden zu überschreiten. Aber auch bereits lange hier lebende Migrantinnen und
44 Migranten oder hier geborene Menschen mit familiärem Migrationshintergrund erhalten
45 somit das Signal, dass sie als ebenbürtiger Teil der Gesellschaft willkommen sind und
46 ihnen bei Integrationsschwierigkeiten Hilfe angeboten wird.

47
48 Wichtig ist, dass Integration als Chance verstanden wird. Nachhaltige Integrationspolitik
49 ist volkswirtschaftlich sinnvoll, baut interkulturelle Kompetenzen auf, die im globalisier-
50 ten Wettbewerb vorteilhaft sind, und stärkt damit den Wirtschafts- und Wissenschafts-
51 standort Deutschland. Sie ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

52
53 Verschiedene Religionen gehören inzwischen zu Deutschland – auch der Islam. Wir Li-
54 berale empfinden einen Islam, der die Grundprinzipien der Aufklärung und des liberalen
55 Rechtsstaats achtet, als Teil der deutschen Gesellschaft. Moslems in Deutschland dür-
56 fen nicht unter Generalverdacht stehen: Islam und islamischer Fundamentalismus sind
57 zu unterscheiden. Deshalb appelliert die FDP an alle Gruppierungen der Gesellschaft,
58 Fundamentalismus in den eigenen Reihen aktiv zu bekämpfen. Liberale werden sich je-
59 dem Fundamentalismus entgegen stellen, der die Freiheit des Einzelnen beschränken

1 will und die in den letzten 40 Jahren von Liberalen erkämpften Freiheitsrechte zurück-
2 drehen will.
3 Liberale beharren auf der Trennung von Religion und Staat und verteidigen die individu-
4 ellen Freiheitsrechte gegen jede Form der Fremdbestimmung, auch wenn sie von Tradi-
5 tion oder Religion motiviert ist.

6 7 **Integration durch Sprache**

8
9 Sprache ist wesentliche Voraussetzung für Integration. Sprache dient der Verständigung
10 von Menschen und dem Verständnis füreinander. Um an Bildung, Arbeit und gesell-
11 schaftlichem Leben teilhaben zu können, ist die Beherrschung der deutschen Sprache
12 erforderlich.

13
14 Während sich zahlreiche Zuwanderer durch zügiges Erlernen der deutschen Sprache
15 erheblich leichter in die Mehrheitsgesellschaft integrieren konnten, gibt es immer noch
16 viele Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits viele Jahre ohne ausreichende
17 Deutschkenntnisse in unserem Land leben. Die hohe Arbeitslosigkeit unter Zuwand-
18 erern, die oftmals auf mangelnde Sprachkenntnisse zurückzuführen ist, ist ein weiterer
19 Aspekt, warum an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf besteht.

20
21 Mit dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes zum 01.01.2005 wurden die In-
22 tegrationskurse als neues Instrument eingeführt. Der Rechtsanspruch auf Teilnahme
23 besteht grundsätzlich nur für ausländische Neuzuwanderer aus Drittstaaten, sofern de-
24 ren Aufenthalt auf Dauer angelegt ist. Zwar können in der Praxis auch Zuwanderer, die
25 bereits länger in Deutschland leben, an diesen Kursen teilnehmen. Dies wird jedoch
26 noch nicht ausreichend genutzt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass vor Ort in den Kom-
27 munen diese Zielgruppe offensiv zu den Kursen eingeladen wird, damit nach Möglich-
28 keit alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, die Deutsch nicht als Mutter-
29 sprache haben, teilnehmen und über ausreichend Sprachkenntnisse verfügen. Das gilt
30 auch für bereits Eingebürgerte oder Deutsche, die in einem anderen Land aufgewach-
31 sen sind. Die FDP fordert deshalb eine höhere Kostenerstattung für die Kursträger
32 durch den Bund.

33 Für die erste Generation der Zuwanderer aus den 1950er und 1960er Jahren sollte das
34 nachholende Erlernen der deutschen Sprache jedoch nicht forciert werden. Nachdem
35 jahrzehntelang keine Förderung ihrer Integration angeboten wurde, kann die Mehrheits-
36 gesellschaft von Senioren nicht plötzlich das Erlernen der Sprache verlangen. Dies soll-
37 te auch in der Praxis der Einbürgerung berücksichtigt werden.

38
39 Das Kursziel der Integrationskurse ist erreicht, wenn sich der Kursteilnehmer im tägli-
40 chen Leben in seiner Umgebung selbstständig sprachlich zurechtfinden und entspre-
41 chend seinem Alter und Bildungsstand ein Gespräch führen und sich schriftlich ausdrü-
42 cken kann (B1). Das Niveau B1, auch als „Zertifikat Deutsch“ bezeichnet, soll innerhalb
43 von 600 Lernstunden erreicht werden. Die Praxis zeigt deutlich, dass es für die Mehrzahl
44 der Kursabsolventen unmöglich ist, in dieser Zeit das angestrebte Niveau zu erreichen.
45 Lediglich für bestimmte Zielgruppen wurde daher die Stundenzahl auf 900 Stunden er-
46 höht. Zum Vergleich: Die alte Regelung vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes
47 sah z. B. für Spätaussiedler 1.200 Stunden Deutschunterricht vor. Vor diesem Hinter-
48 grund bleibt die Festsetzung auf 600 Unterrichtsstunden unverständlich. Spätaussiedler
49 verfügen häufig über ein höheres Bildungsniveau und Kenntnisse des Deutschen, wäh-
50 rend in den Integrationskursen auch Teilnehmer dabei sind, die weder Kenntnisse des
51 Deutschen noch überhaupt eine Alphabetisierung durchlaufen haben. Es ist im gesamt-
52 gesellschaftlichen Interesse zu einer Regelung zu gelangen, die ein Mindestsprachni-
53 veau im Alltagsleben sichert und somit auch dazu beiträgt Gettoisierungen zu vermei-
54 den. Die FDP fordert für Anspruchsberechtigte einen Deutschkurs von 1.200 Stunden.

55
56 Gefragt sind insgesamt bedarfsorientierte und zielgruppengerechte Angebote, zu denen
57 auch Beratung und Begleitung gehören sollten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass manche
58 bisherigen Angebote nicht angenommen wurden. Die individuellen Defizite der betroffe-
59 nen Zugewanderten sind genauso unterschiedlich wie ihre persönliche Motivation und

1 ihre Möglichkeit, Angebote für eine bessere Integration zu nutzen. Daher benötigen wir
2 ein aufeinander abgestimmtes Netz vielfältiger, auch niedrighschwelliger Maßnahmen.
3 Dies können und sollen nicht allein Bund, Länder und Kommunen leisten. Es sind ge-
4 sellschaftliche Akteure vieler Ebenen und Bereiche gefordert.

5
6 Zusätzlich sollen Sprachkurse schon im Herkunftsland wahrgenommen werden. Hier
7 bietet das Goethe Institut eine Vielzahl von Kursen in vielen verschiedenen Ländern an.
8 Dieses Angebot soll entsprechend aufrechterhalten bleiben. Die Verpflichtung zum Er-
9 werb eines „Überlebenswortschatzes“ im Heimatland als Voraussetzung für einen auf
10 Dauer angelegten Familiennachzug ist gerechtfertigt.

11
12 Bereits im Kindergartenbereich muss die Sprachförderung einen festen Platz in der pä-
13 dagogischen Arbeit haben. Die obligatorischen Sprachstandserhebungen in NRW sind
14 ein unverzichtbares Instrument, um frühzeitig sprachliche Entwicklungslücken zu erken-
15 nen. Damit diese Lücken vollständig geschlossen werden, müssen Konzepte für die frü-
16 he Sprachförderung von Kindern weiter verbessert werden. Einige Kindergärten und
17 Schulen sind vorbildlich für die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund.
18 Die vorhandenen guten Beispiele sind durch „Best Practice“-Workshops für die flächen-
19 deckende Verbesserung der Sprachförderung von Migrantenkindern zu nutzen. Dabei
20 sind Erfahrungen zur optimalen Ressourcennutzung, zum Qualitätsmanagement und
21 zur Bewältigung von Widerständen auf Seiten der Eltern besonders wichtig. Ziel ist es,
22 dass alle Kinder vor Eintritt in die Grundschule die deutsche Sprache so beherrschen,
23 dass die dem Schulunterricht problemlos folgen können. Kinder und Jugendliche, die
24 erst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland kommen, sollen Deutsch-Schnellkurse
25 absolvieren, bevor sie am Klassenunterricht teilnehmen. Aber auch für diese Kinder
26 muss Sprachförderung nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich stattfinden.

27
28 Die FDP begrüßt ausdrücklich Initiativen von Schulen, die in ihrer Schulkonferenz fest-
29 legen, dass auf dem Schulgelände nur Deutsch gesprochen werden soll. Dies dient der
30 Sprachkompetenz und der Vermeidung eines negativen Sprachmixes aus Deutsch und
31 Muttersprache, hilft aber auch dem Zusammenhalt der Schüler, da die Abgrenzung ein-
32 zelner Gruppen über die Sprache zurückgedrängt wird.

33
34 Weil Integration der Kinder vor allem dann erfolgreich ist, wenn ihre Eltern Deutsch-
35 kenntnisse erweitern, ist eine enge Kooperation zwischen Kindergärten, Schulen und
36 Ausländerämtern sinnvoll. Dies gilt insbesondere für Elternsprachkurse in Bildungsein-
37 richtungen ihrer Kinder.

38 39 **Integration durch Bildung**

40
41 Der integrative Prozess muss frühzeitig beginnen, gestützt durch die Einführung eines
42 beitragsfreien letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung und dem Ausbau der
43 Ganztagesbetreuung. Ziel ist es, den Zugang zu allen Bildungsgängen für Migrantinnen
44 und Migranten zu verbessern. Dies soll durch gezielten Förderunterricht unterstützt
45 werden. Wichtig hierbei ist die Einbeziehung der Eltern, indem ihnen der Wert der Bil-
46 dung ihrer Kinder vermittelt wird.

47
48 Die Teilnahme an Klassenfahrten und Sportunterricht muss verpflichtend sein. Die
49 Schulpflicht steht für Liberale nicht zur Diskussion und gilt auch für Kinder von Flüchtlin-
50 gen und Asylsuchenden.

51
52 Wo die Möglichkeit besteht, sollen im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts oder frei-
53 williger Arbeitsgruppen auch die Muttersprachen der Schülerinnen und Schüler aus
54 Migrantenfamilien angeboten werden. Hierdurch kann das Verständnis für Grammatik
55 verbessert und damit das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert werden. Zudem
56 fördert die Wertschätzung der Muttersprache ihrer Familie das Selbstwertgefühl der
57 Kinder und Jugendlichen.

58 Die FDP tritt dafür ein, dass Mehrsprachigkeit grundsätzlich gefördert werden soll. Aller-
59 dings muss die Priorität auf dem Erlernen der deutschen Sprache liegen.

1 Hausaufgabenhilfen und Patenschaften beispielsweise durch pensionierte Lehrer kön-
2 nen die schulischen Leistungen von Migranten positiv beeinflussen.

3 Die FDP begrüßt die Initiative der Landesregierung, Bildungsvereinbarungen mit den
4 von ihr geförderten Migrantenselbstorganisationen abzuschließen. Diese sind weiter
5 auszubauen. Hierdurch wird in den Organisationen selbst der Schwerpunkt auf Bildung
6 und Erziehung der Kinder gelegt und somit die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft
7 des Nachwuchses vergrößert.

8 Kinder dürfen nicht aufgrund von Sprachproblemen auf andere Schulformen abgeschos-
9 sen werden. Stattdessen sollen diese Kinder an der intellektuell für sie geeigneten
10 Schulform eine gezielte Sprachförderung neben dem Unterricht erhalten. So wird ein
11 Durchreichen nach unten von Kindern, die intellektuell mehr Potenzial haben, effektiv
12 verhindert.

13
14 Die deutlich gestiegene Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
15 muss bereits bei der Ausbildung von Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern entspre-
16 chende Berücksichtigung finden, beispielsweise durch interkulturelle Pädagogik.

17
18 Es muss erreicht werden, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt.
19 Die FDP unterstützt auch eine besondere Förderung hochbegabter Jugendlicher mit
20 Migrationshintergrund über speziell auf sie ausgerichtete Stipendiatenprogramme. Ein
21 entsprechendes Stipendiatenprogramm fördert nicht nur die Stipendiaten selbst, son-
22 dern schafft in diesen zugleich Vorbilder für andere junge Menschen mit ausländischem
23 Hintergrund.

24 25 **Integration durch berufliche Ausbildung**

26
27 Die berufliche Ausbildung stellt ebenfalls ein wichtiges Integrationsinstrument dar. Des-
28 halb gilt das Ziel, dass kein Jugendlicher ohne Ausbildung bleibt. Nachweislich erhalten
29 Jugendliche, die erkennbar keinen Migrationshintergrund haben, eine fünffach größere
30 Chance, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden und einen Ausbildungs-
31 platz zu bekommen. Daher besteht die Notwendigkeit, Vorurteile gegen Auszubildende
32 mit Migrationshintergrund abzubauen.

33
34 Entscheidend für den Erfolg der Integrationspolitik ist die Sicherung und der Ausbau
35 praxisorientierter Projekte vor Ort – gerade hinsichtlich des Übergangs von Schule und
36 Beruf. Dazu gehören auf die Lebenssituation angepasste Beratung und Bewerbungs-
37 trainings, aber auch ehrenamtliche Mentoren, sogenannte Bildungspaten aus der Wirt-
38 schaft.

39
40 Derzeit gibt es in NRW etwa 83.000 Unternehmer und Selbständige mit einem Migrati-
41 onshintergrund. Im Gegensatz zu Unternehmern ohne Zuwanderungsgeschichte bieten
42 selbständige Migranten seltener Ausbildungsplätze an. Zwar sind institutionelle Hinder-
43 nisse mit der Abschaffung des Ausbildernachweises teilweise beseitigt worden. Es fällt
44 aber auf, dass das Bewusstsein für die Duale Berufsausbildung nicht in ausreichendem
45 Maße vorhanden ist. Dies will die FDP durch eine gezielte Informations- und Aufklä-
46 rungskampagne beseitigen, um vor allem die Teilnahmequote junger Migranten an der
47 beruflichen Bildung - die nur halb so hoch ist wie die der übrigen Schulabgänger - aus-
48 zuweiten.

49
50 Auch der Hochschulanteil junger Migranten muss gesteigert werden. Die Prozesse der
51 Prüfung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Ausbildungs- und Hoch-
52 schulabschlüssen sind weiterzuentwickeln und zu beschleunigen. Dies soll ebenso für
53 dort erbrachte Teilleistungen gelten.

54 55 **Integration durch Teilhabe an Arbeit**

56
57 Ein wesentlicher Faktor für Integration ist die Erwerbsarbeit. Sie ermöglicht nicht nur ein-
58 ne eigenständige Lebensführung unabhängig von staatlichen Transfers, sondern sie ist
59 wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und die Aufnahme von

1 sozialen Kontakten.

2 Aktuelle Studien belegen, dass fehlende Integration auch zu einer finanziellen Belas-
3 tung der Bundesrepublik geführt hat. Vor allem wegen mangelnder Sprachkompetenz
4 und damit verbundener Arbeitslosigkeit fehlen den Sozialkassen jährlich mehrere Milli-
5 arden Euro.

6
7 Dadurch, dass zugewanderte Arbeitnehmer in der Berufsgruppe der Geringqualifizierten
8 überrepräsentiert sind und die Nachfrage nach ungelernten Tätigkeiten seit etwa an-
9 derthalb Jahrzehnten rückläufig ist, hat sich auch die Beschäftigungsquote von Migran-
10 ten insgesamt - im Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung - rückläufig entwickelt. Erhöhte
11 Arbeitslosigkeit von Zuwanderern ist im Wesentlichen auf das generell geringere Quali-
12 fikationsniveau zurückzuführen, das nicht nur Einwanderer der ersten, sondern - vergli-
13 chen mit Einheimischen - auch der folgenden Generationen aufweisen.

14 Die FDP sieht es daher auch als integrationspolitische Notwendigkeit, zur Teilhabe an
15 der Erwerbsarbeit neben zielgruppengerechten Weiterbildungsmöglichkeiten auch eine
16 Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Arbeitschancen für Geringqualifi-
17 zierte ermöglicht.

18
19 Menschen mit Migrationshintergrund sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert. Da-
20 bei können sie mit Sprachkenntnissen und interkultureller Kompetenz wichtige Beiträge
21 zu einer kundenorientierten Verwaltung leisten. Daher sollten die Kommunen die Krite-
22 rien Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Elemente in ihre Personalent-
23 wicklung aufnehmen. Eine Quotierung von Migranten im öffentlichen Dienst lehnt die
24 FDP jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

25 26 **Integration durch Teilhabe am politischen System in Kommunen und Parteien**

27
28 Die FDP will die Qualität der politischen Partizipation von Menschen mit Zuwande-
29 rungsgeschichte voranbringen. Dazu müssen rechtliche Rahmenbedingungen wie die
30 politische Bildung der Zuwanderer verbessert werden. Die Einrichtung von Ausländer-
31 beiräten in den Städten und Gemeinden ist nach der Gemeindeordnung möglich und
32 üblich. Wir wollen dieses Instrument weiterentwickeln, indem wir die Erfahrungen aus
33 den Kommunen auswerten, die neue Modelle der Partizipation erprobt haben. Die Libe-
34 ralen wollen den Städten und Gemeinden in der Gemeindeordnung (§ 27) konkret die
35 gesetzliche Option eröffnen, Integrationsausschüsse als Ratsgremien oder eigene In-
36 tegrationsräte bilden zu können. Das Wahlrecht zu diesen Gremien sollen alle Migran-
37 ten in einer Kommune erhalten. Für eingebürgerte Zuwanderer befürwortet die FDP ei-
38 ne Übergangsfrist, in der sie trotz deutscher Staatsangehörigkeit im Integrationsgremi-
39 um mitarbeiten können.

40
41 Die von der Landesregierung und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen
42 Migrantenvertretungen (LAGA) initiierten Qualifizierungs- und Fortbildungsreihe für Mit-
43 glieder der Integrationsgremien müssen sukzessive ausgebaut werden.

44
45 Nicht nur in den Parlamenten, sondern insbesondere in den politischen Parteien sind
46 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unterproportional repräsentiert. Vor diesem
47 Hintergrund lädt die FDP Migranten ausdrücklich zur aktiven Mitarbeit ein. Die Liberalen
48 wollen überdies verstärkt die Möglichkeit nutzen, Zuwanderer als sachkundige Einwoh-
49 ner in die politische Arbeit mit einzubeziehen.

50 51 **Integration durch veränderte Stadtteilpolitik**

52
53 Durch Versäumnisse in der Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte haben sich
54 in nahezu jeder Stadt - nicht nur in Nordrhein-Westfalen - Problemviertel entwickelt, die
55 überwiegend durch unattraktiven Geschosswohnungen aus den 1960er und 1970er
56 Jahren oder verfallende Altbauwohnungen geprägt sind. Aufgrund des billigen Miet-
57 raums und oftmals der Sozialbindung der Wohnungen leben in diesen Vierteln mittler-
58 weile überwiegend Einkommensschwache und Erwerbslose, während klassische Mittel-
59 schichtsfamilien mit dem Verfall der Viertel sukzessive weggezogen. Geblieben sind oft-

1 mals einkommensschwache Migranten, die auf dem Wohnungsmarkt aufgrund ihres
2 Einkommens und ihrer Herkunft benachteiligt sind. Durch Familiennachzug, die Unter-
3 bringung zahlreicher Spätaussiedler Ende der 1980er Jahre sowie dem Zuzug von Ar-
4 mutsflüchtlingen ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Vier-
5 teln sehr hoch, in manchen Stadtteilen liegt er bei über 80 Prozent. Die Folge sind Per-
6 spektivlosigkeit, Konflikte und Ausgrenzungen, da die sozialen Aufnahmekapazitäten
7 und ehrenamtlichen Ressourcen in diesen Gebieten meist erschöpft sind.

8 Da hier das Armutsrisiko sowie schlechtere Bildungs- und Berufsentwicklungsmöglich-
9 keiten besonders stark vorhanden sind, fordert die FDP, diese Strukturen zu durchbre-
10 chen und die Wohnquartiere zu verändern. Neben bereits vorhanden landespolitischen
11 Programmen zur Stadtteilentwicklung bedarf es hier großer Anstrengungen der Kom-
12 munen, um unter Beteiligung von Maklern, Mietervereinen und Wohnungsbaugesell-
13 schaften Programme zu entwickeln, die ein „gemischtes“ Wohnen ermöglichen. Teilab-
14 risse und Renovierungen von heruntergekommenen Wohnblöcken und Neuansiedlun-
15 gen etwa von Studentenwohnheimen, die Einrichtung von Familienzentren und attrakti-
16 ven Spielflächen für Kinder und Jugendliche können zu einer Wohnumfeldverbesserung
17 führen, die eine Heterogenität der Wohnbevölkerung fördert. Erfolgreiche Maßnahmen,
18 die es bereits gibt, müssen noch stärker als gelungene Beispiele für andere Kommunen
19 kommuniziert werden.

20 Zur Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld sollten aus Sicht der Liberalen die An-
21 wohner so weit wie möglich in den Umgestaltungsprozess ihres Quartiers einbezogen
22 werden. Neben ehrenamtlichen Integrationslotsen können zudem hauptamtliche „Quar-
23 tiersmanager“ den Wandlungsprozess in Wohnvierteln koordinieren und als zentrale An-
24 laufstelle die unterschiedlichen Interessen und Konflikte moderieren.

25 26 **Integration durch gesellschaftliche Teilhabe**

27
28 Bürgerschaftliches Engagement – in Form von Selbsthilfvereinen, Familien- und Nach-
29 barschaftshilfen, Kultur- und Sportvereinen, Jugendarbeit, Ausländerbeiräten, Elternar-
30 beit und Schulhilfe – ist die treibende Kraft für die Integration. Bürgerschaftliches Enga-
31 gement ist ein Zeichen der Identifikation mit dem Gemeinwesen, trägt wesentlich zum
32 gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und kann nicht stark genug gewürdigt und aner-
33 kannt werden. Zukünftig werden Projekte zum ehrenamtlichen Engagement einen
34 Schwerpunkt der Integrationsförderung bilden.

35
36 Die FDP fordert, dass vermehrt Projekte gefördert werden, die der Förderung ehrenamt-
37 licher Integrationshelfer dienen. Die Ausbildung von sogenannten Integrationslotsen,
38 wie sie bereits in einigen Kommunen begonnen wurde, kann einem Teil der Migranten
39 im täglichen Leben helfen. Integrationslotsen können durch aufsuchende Stadtteilarbeit
40 dazu beitragen, vorhandene Schwellen etwa bei Arzt- oder Behördenbesuchen, aber
41 auch bei Kontakten zu gesellschaftlichen Einrichtungen wie Vereinen zu überwinden. Es
42 müssen Projekte entwickelt und gefördert werden, bei denen Ehrenamtliche Paten-
43 schaften für Familien mit Migrationshintergrund übernehmen und sie bei ihrer Integri-
44 ation unterstützen, vor allem, um jugendliche Migrantinnen und Migranten auf ihrem Weg
45 des Übergangs von der Schule zum Beruf zu begleiten und zu unterstützen.

46
47 Bereits erfolgreich integrierte Migrantinnen und Migranten müssen verstärkt als Multipli-
48 katoren für die Integration gewonnen werden. Sie können Hilfe zur Selbsthilfe geben,
49 aber auch als Vorbilder dienen.

50
51 Die Kinder- und Jugendhilfe leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und Sozialisa-
52 tion junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Aus Sicht der Freien Demokraten
53 sind ihre Möglichkeiten noch nicht gänzlich ausgeschöpft. Die FDP begrüßt deshalb,
54 dass im Rahmen des zwischen Landesregierung und den Dachverbänden der Jugend-
55 organisationen geschlossenen "Pakts mit der Jugend" die Stärkung der Integration über
56 interkulturelle Projekte ausdrücklich als Ziel genannt wird. Außerhalb von Schule, Fami-
57 lie und Beruf kann Kinder- und Jugendarbeit Begegnungen von jungen Menschen mit
58 und ohne Migrationshintergrund ermöglichen. Über ihre Prinzipien - insbesondere Frei-
59 willigkeit, Partizipation und Verzicht auf Leistungsbewertung - kann sie auch Jugendli-

1 che erreichen, die für Schulen nicht oder nicht mehr ansprechbar sind. Eine ganzheitli-
2 che Persönlichkeitsentwicklung baut Vorurteile ab und regt den Austausch über religiö-
3 se und kulturelle Grenzen hinweg an.

4
5 Neben der Jugendsozialarbeit ist aus integrationspolitischer Sicht die offene Kinder- und
6 Jugendarbeit mit ihren gut 2.200 Jugendeinrichtungen und 3.700 sozialpädagogischen
7 Fachkräften in Nordrhein-Westfalen hervorzuheben. Sie sind an vielen Stellen die einzi-
8 gen nicht kommerziellen Orte für Aufenthalt, Austausch und sinnvolle Freizeitgestaltung.
9 Landesweit haben über vierzig Prozent ihrer Besucher Migrationshintergrund.

10 Voraussetzung für gelingende Integration in der offenen Jugendarbeit sind pädagogi-
11 sche Konzepte, die den Wunsch nach Bildung von Cliquen und Freundeskreisen
12 mit gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen für alle Ethnien und Grup-
13 pen verbindet. Offene Jugendarbeit kann und muss milieuhafte Abschottung in Stadttei-
14 len durchbrechen.

15
16 Die FDP hat deshalb in der Regierungskoalition durchgesetzt, dass die offene Kinder-
17 und Jugendarbeit weiter ein Förderschwerpunkt innerhalb des Kinder- und Jugendför-
18 derplans bleibt und tritt dafür ein, diese Politik nachhaltig fortzusetzen.

19
20 Im Bereich der Gesundheit gibt es nicht nur Schwierigkeiten bei der Verständigung zwi-
21 schen Ärzten, Pflegekräften, Therapeuten und Patienten, sondern auch beim Verstehen
22 des kulturellen und religiösen Kontextes der Patientinnen und Patienten. Hierbei sind
23 unter anderem das ausgeprägte Schamgefühl vor allem in islamischen Kulturkreisen
24 sowie kulturelle Aspekte bei der Pflege und auch der Palliativmedizin zu beachten.

25 Eltern mit Migrationshintergrund sollen über nötige Vorsorgeuntersuchungen ihrer Kin-
26 der aufgeklärt werden. Flyer und Präventionsbroschüren sind für diesen Zweck mehr-
27 sprachig zu verfassen.

28 Auch die Prävention von HIV/AIDS erfordert auf Migranten abgestimmte Zielgruppen-
29 Strategien.

30
31 Die FDP fordert, dass Pflegedienste und Einrichtungen, Pflegekassen, Berufsverbände,
32 Beratungs- und Koordinierungsstellen und Kommunen gemeinsam erörtern, wie die in-
33 terkulturelle Kompetenz in der Pflege gefördert werden könnte. Dabei sollten in Pflege-
34 berufen tätige Migranten mit ihrem Erfahrungsschatz einbezogen werden.

35 Auch hier können Integrationslotsen einen wertvollen Beitrag leisten.

36
37 Die erste Generation von Einwanderern hat das Rentenalter erreicht. Entgegen früherer
38 Erwartungen gehen viele dieser damals als Gastarbeiter bezeichneten Menschen nicht
39 in ihre frühere Heimat zurück, sondern bleiben in Deutschland. Die Politik hat sich dar-
40 auf bisher in keiner Weise eingestellt. Fehlende Angebote führen zum Rückzug in die
41 eigene „Community“ und zum Verlust bereits erworbener Sprachkenntnisse. Daher sind
42 die Kommunen gefordert, in ihrer Seniorenarbeit Angebote für alle Bevölkerungsgrup-
43 pen entsprechend ihrem Anteil an der Gesellschaft zu machen.

44
45 Eine gute Möglichkeit zur Integration älterer Migranten bietet sich, indem sie in ehren-
46 amtliche Strukturen einbezogen werden. Das Potenzial dieser Bevölkerungsgruppe will
47 die FDP als Bereicherung für die Bürgergesellschaft und als Bestätigungsmöglichkeit für
48 die Menschen selbst nutzen.

49 **Integration verhindert Kriminalität**

50
51 Integrierte Ausländer in Deutschland, und sie bilden die überwältigende Mehrheit, kom-
52 men nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt als Deutsche. Dennoch gibt es in einzelnen
53 Formen der Kriminalität, einen überproportionalen Anteil an Straftätern mit Migrations-
54 hintergrund.

55 Die Analyse von Kriminalitätsstatistiken zeigt, dass diese Straftäter überwiegend aus ei-
56 nem nicht in die Mehrheitsgesellschaft integrierten Umfeld stammen, über geringe Bil-
57 dungschancen und soziale Perspektiven verfügen und oftmals selber als Kinder Gewalt
58 erlebt haben.
59

1 Die FDP lehnt eine pauschale Stimmungsmache bei der Auseinandersetzung mit die-
2 sem Problem ab, hält es jedoch für notwendig, die erhöhte Kriminalität unter nicht integri-
3 rierten Migranten auf den verschiedenen Ebenen sachlich zu thematisieren. Dazu ge-
4 hört die sorgsame Analyse der Ursachen für die erhöhte Gewaltbereitschaft verschiede-
5 ner Gruppen und die Erarbeitung differenzierter Strategien bezüglich unterschiedlicher
6 Täterstrukturen.

7 Gewaltprobleme unter jugendlichen Migranten, die sich unter anderem in Konflikten
8 zwischen Jugendgangs türkischer Herkunft und Aussiedlern widerspiegeln, lassen sich
9 nicht leugnen. Hier muss gezielt gegengesteuert werden. Ein Mittel der Integration ist
10 der Sport, der eine wichtige integrative Funktion bieten kann. Zusätzlich sollen Angebo-
11 te zur Integration unter anderem in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule ausge-
12 baut und durch aufsuchende Sozial-/Stadtteilarbeit ergänzt werden.

13 Die FDP lehnt eine Strafrechtsverschärfung ab. Auch die bisherige Gesetzgebung bietet
14 genug Spielraum, um die Gesellschaft vor Straftätern zu schützen. Die FDP erwartet je-
15 doch, dass parallel zu Maßnahmen der Sozialarbeit, der Verbesserung von Bildungs-
16 und sozialen Chancen für Straftäter unabhängig von ihrer Herkunft auch die bestehen-
17 den Gesetze zur notwendigen Repression Anwendung finden. Hierfür bedarf es der en-
18 gen Kooperation zwischen den Kommunen, Verbänden, der Staatsanwaltschaft und der
19 Polizei. Die FDP regt an, diese Kooperation durch lokale Runde Tische zu institutionali-
20 sieren und diese überregional miteinander zu vernetzen. Um diesen Einrichtungen das
21 nötige Gewicht zu verleihen, sollte die Federführung dieser Netzwerke direkt im Innen-
22 ministerium angesiedelt sein.

23
24 **Alternativvorschlag zu diesem Kapitel:**

25
26 **Integration als Schlüssel zur Kriminalprävention**

27
28 *Eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ist der beste Weg, um Ausgrenzung*
29 *und ein Abgleiten in kriminelles Verhalten zu verhindern. Dies gilt für alle Gesellschafts-*
30 *gruppen, diese ist aber für Menschen mit Migrationshintergrund häufig schwerer zu er-*
31 *reichen. Menschen mit Migrationshintergrund sprechen in ihren Familien zum Teil nicht*
32 *Deutsch, besuchen weniger oft Kindergärten, gehen weniger in Vereine, wohnen oft-*
33 *mals in Stadtteilen unter sich und stehen so schneller außerhalb der Gesellschaft. Ge-*
34 *rade aber die fehlende Beherrschung der deutschen Sprache und eine damit einherge-*
35 *hende Bildungsarmut sind signifikante Barrieren. Liberale Integrationspolitik setzt daher*
36 *auf Chancengerechtigkeit, damit nicht der Geldbeutel der Eltern oder die Herkunft über*
37 *Erfolg oder Misserfolg von Lebensläufen entscheidet.*

38
39 *Sprachlos, bildungslos, ausbildungslos, arbeitslos - nur allzu häufig ist eine solche Ent-*
40 *wicklung junger Menschen der Nährboden für kriminelles Verhalten. Es ist daher nicht*
41 *verwunderlich, dass Menschen mit solchen Lebensverläufen häufiger unter den Tatver-*
42 *dächtigen, auch unter den Mehrfach- und Intensivtätern, zu finden sind, die den sozialen*
43 *Frieden am meisten gefährden. Wichtig ist es, weder eine pauschale Stimmungsmache*
44 *zuzulassen, noch die Augen vor den Fakten zu verschließen. Polizei und Justiz als die*
45 *letzten Glieder in der Kette wissen um die Probleme. Bei jeder Straftat wird der Lebens-*
46 *lauf eines Straftäters und damit auch seine Herkunft intensiv beleuchtet. Die FDP hält*
47 *es für notwendig die Hintergründe sachlich zu thematisieren und zu analysieren. Die*
48 *bundesweite Kriminalstatistik weist die Straftaten von Menschen mit ausländischer*
49 *Staatsangehörigkeit explizit aus. Dagegen gibt es für den „Migrationshintergrund“ keine*
50 *einheitliche aussagekräftige Definition. Nach der Definition der Integrationsbeauftragten*
51 *der Bundesregierung wären dann z.B. auch tatverdächtige Deutsche mit deutscher Mut-*
52 *ter und einem Vater aus Luxemburg sowie tatverdächtige „Flüchtlinge“ nach dem zwei-*
53 *ten Weltkrieg als „Tatverdächtige mit Migrationshintergrund“. Welche Aussagekraft soll-*
54 *te aber ein solches Statistikmerkmal haben? Stattdessen arbeiten Polizei und Justiz im*
55 *Rahmen von Kriminalprävention mit passgenauen Konzepten vor Ort zusammen mit*
56 *den übrigen Verantwortungsträgern, wie z.B. den Kommunen, Schulen und Eltern. Die*
57 *FDP befürwortet eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure auch z.B. in Form*
58 *von Präventionskonzepten, Ordnungspartnerschaften, kriminalpräventiven Räten, run-*
59 *den Tischen, Projekten von und mit Vereinen sowie eine konsequente Verfolgung von*

1 *Straftaten. Die FDP begrüßt, dass besonders gute Projekte ausgezeichnet und im Sinne*
2 *von „Best Practice“ zum Nachahmen bekannt gemacht werden.*

3
4 *Die FDP setzt bei der Kriminalitätsbekämpfung auf eine umfassende Bildungsinitiative,*
5 *gewaltfreie Erziehung und Ausbildung sowie Wertevermittlung. Gerade bei jungen Men-*
6 *schen muss auf der einen Seite geholfen werden, auf der anderen Seite eine notwendig*
7 *Strafe aber auch auf dem Fuße folgen. Reflexartige Forderungen nach Gesetzesver-*
8 *schärfung lehnt die FDP schon deshalb ab, weil in aller Regel der gesetzliche Strafra-*
9 *men überhaupt nicht ausgeschöpft wird. Aktionismus und Hysterie lösen keine Proble-*
10 *me, vielmehr sind Besonnenheit und das Aufgreifen der Erkenntnisse kriminologischer*
11 *Forschung sowie sozialwissenschaftlicher Studien vonnöten.*

14 **Integration von Flüchtlingen und Menschen ohne Papiere**

15
16 Die FDP tritt dafür ein, Flüchtlinge mit vorübergehendem Aufenthaltsstatus so weit wie
17 möglich in die Integrationsarbeit einzubeziehen. Dazu gehören vereinfachte Arbeitszu-
18 lassungen und nach Möglichkeit eine dezentrale Unterbringung zur Vermeidung von
19 Gettoisierung.

20 Die Liberalen regen an, einen Kriterienkatalog (Sprache, Arbeit, ehrenamtliches Enga-
21 gement) zu entwickeln, nachdem Flüchtlingen, die sich nachweislich in die Mehrheits-
22 gesellschaft integriert haben, einen unbefristeten Aufenthaltstatus erlangen können.
23 Dies fördert von Anfang an die Bereitschaft, sich in die Mehrheitsgesellschaft zu integ-
24 rieren.

25
26 In Deutschland wie auch in anderen EU-Staaten lebt eine hohe, nicht genau quanti-
27 fizierbare Anzahl von Menschen ohne Aufenthaltstatus, darunter zahlreiche Kinder. Diese
28 Menschen ohne Papiere halten sich teilweise über lange Zeiträume in Deutschland auf
29 und arbeiten hier. Aufgrund ihres illegalen Aufenthaltes vermeiden sie jede Konfrontati-
30 on mit staatlichen Stellen und fallen somit nicht auf. Dies führt jedoch dazu, dass sie
31 kaum gesundheitliche Einrichtungen wahrnehmen und in ihren Arbeitsverhältnissen
32 oftmals der völligen Willkür ihrer Arbeitgeber bis hin zur Prostitution ausgeliefert sind.
33 Fatal ist zudem, dass Kinder von illegal in Deutschland lebenden Menschen aus Angst
34 vor Entdeckung häufig weder Kindergarten noch Schule besuchen und ihnen aufgrund
35 des fehlenden Aufenthaltstatus ihrer Eltern ihr Recht auf Bildung vorenthalten wird.

36
37 Aus Sicht der FDP muss mit diesem Phänomen differenziert und lösungsorientiert um-
38 gegangen werden.

39 Es steht außer Frage, dass die Bundesrepublik Deutschland als Staat sowohl Einreise,
40 Aufenthalt als auch Ausreise von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit regeln
41 muss. Dennoch bedarf es für Menschen ohne Papiere besonderer menschenrechtskon-
42 former Regelungen, um sie vor gesundheitlichen Schäden und Ausbeutung zu schüt-
43 zen.

44 Die FDP will, dass auch Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsstatus tatsäch-
45 lich Zugang zu einer medizinischen Grund- und Notfallversorgung bekommen, wie sie
46 das Asylbewerberleistungsgesetz vorsieht. Nur so ist es möglich, Erkrankungen frühzei-
47 tig zu erkennen und zu behandeln und der zunehmenden Ausbreitung von Infektionser-
48 krankungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Kindern von Menschen ohne
49 Aufenthaltsstatus muss es ermöglicht werden, an Vorsorge- und Impfprogrammen teil-
50 zunehmen und ungehindert Kindergärten und Schulen zu besuchen. Um diese Grund-
51 rechte zu ermöglichen, müssen sämtliche medizinischen Einrichtungen, Kindergärten
52 und Schulen aus der Meldepflicht des Aufenthaltsgesetzes (§ 87 AufenthG) herausge-
53 nommen werden.

54 Darüber hinaus sind die Kosten humanitärer Hilfe gesamtgesellschaftlich (oder solidar-
55 gemeinschaftlich) zu tragen. Durch eine zunehmende Vernetzung kommunaler karitati-
56 ver Initiativen können Synergien entwickelt und die Kosten der humanitären Hilfe redu-
57 ziert werden.

58
59 Zudem muss die Strafbarkeit humanitär motivierter Hilfe im Aufenthaltsgesetz (§ 96

1 AufenthG) so verändert werden, dass für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die huma-
2 nitär Hilfe leisten, Rechtssicherheit und Straffreiheit geschaffen wird, gleichzeitig jedoch
3 die Strafverfolgung von Schleusern weiterhin ermöglicht wird.

4
5 Zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität wie etwa Menschenhandel und von Aus-
6 beutung sollen Abschiebungen von illegal beschäftigten Ausländerinnen und Auslän-
7 dern dann ausgesetzt werden, wenn sie als Zeugen bei strafrechtlichen Ermittlungen
8 benötigt werden.

9
10 Die FDP strebt mittelfristig eine Legalisierung von Menschen ohne Papiere an. Sie for-
11 dert dazu die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund, Ländern, Kom-
12 munen und Verbänden, die geeignete Maßnahmen erarbeitet, um Menschen aus der Il-
13 legalität herauszuholen ohne zusätzliche Anreize für illegale Zuwanderung zu schaffen.
14 Dabei sollten die Erfahrungen anderer Länder wie etwa Frankreich oder Spanien einbe-
15 zogen werden.

16 17 **Integration und Religion**

18
19 Die FDP bekennt sich auch weiterhin zu einer weitgehenden Trennung von Staat und
20 Religion. Dennoch tritt sie für einen intensiven Dialog mit den Kirchen und Glaubens-
21 gemeinschaften ein.
22 Dabei fordern die Liberalen unabhängig vom persönlichen Glaubensbekenntnis von al-
23 len Menschen, die in Deutschland leben, die unbedingte Akzeptanz der Grundwerte un-
24 serer Verfassung und der aus ihr abgeleiteten Gesetzgebung. Dies gilt auch für den Is-
25 lam, den die FDP als selbstverständliche und gleichberechtigte Glaubensgemeinschaft
26 versteht. Die Liberalen wissen, dass der Islam sehr unterschiedlich interpretiert wird und
27 das Spektrum von einem betont säkularen bis hin zu einem militanten Verständnis
28 reicht. In der Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus sehen die
29 Liberalen eine der großen Herausforderungen zukünftiger Integrationspolitik, zumal die-
30 ser auch aufgrund von fehlender Integration und Identifikation mit der Mehrheitsgesell-
31 schaft in den vergangenen Jahren an Attraktivität gewonnen hat. Das Kernproblem der
32 Auseinandersetzung sieht die FDP darin, dass die Vertreter einer fundamentalistischen
33 islamischen Glaubensinterpretation das islamische Gesetz, die Scharia, über das
34 Grundgesetz stellen. In dieser Konfrontation kann es für Liberale keinen Kompromiss
35 geben. Insbesondere der Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz ist für Liberale unan-
36 tastbar. Dies gilt insbesondere für die Gleichheit von Mann und Frau.

37
38 Genau so, wie sie in einem kritischen Dialog von Muslimen wie allen anderen Glau-
39 bensgemeinschaften eine unbedingte Anerkennung des Grundgesetzes und der mit ihr
40 verbundenen Werteordnung einfordert, tritt die FDP dafür ein, dass die Mehrheitsgesell-
41 schaft Muslime in der Wahrnehmung ihrer Religion unterstützt. Dazu gehört etwa der
42 Bau von Moscheen, die Einrichtung der Scharia entsprechenden Waschgelegenheiten
43 in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und die Errichtung islamischer Friedhöfe.
44 Die FDP unterstützt auch - solange es generell einen bekenntnisorientierten Religions-
45 unterricht gibt - nachdrücklich die Absicht der Landesregierung, bis zum Ende der
46 Wahlperiode die Grundlagen für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts
47 an den Schulen zu schaffen. Dieser soll in deutscher Sprache, mit in Deutschland aus-
48 gebildeten Lehrkräften und unter Kontrolle der deutschen Schulaufsicht erfolgen.

49
50 Integrationspolitik und der Diskurs über Integrationshindernisse dürfen nicht durch sozi-
51 alromantische Verklärung von Verschiedenheit zugeschüttet werden. Allerdings tritt die
52 FDP dafür ein, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam nicht dazu be-
53 nutzt werden darf, Ausländerfeindlichkeit unter dem Deckmantel von Religionskritik ge-
54 sellschaftsfähig zu machen. Die Liberalen wollen einen fairen Diskurs mit allen Religi-
55 onsgemeinschaften. Die FDP weiß, dass es auch einer langen Auseinandersetzung mit
56 den christlichen Kirchen bedurfte, um eine weitgehende Gleichberechtigung der Ge-
57 schlechter zu erkämpfen. Gleiches gilt für die gesellschaftliche Anerkennung und recht-
58 liche Gleichstellung Homosexueller. Auch dieses unter vielen Muslimen als Tabu be-
59 handelte Thema muss Teil eines kritischen Dialogs werden.

1
2 Auf Bundesebene hat der Dialog der Bundesregierung mit den wichtigsten islamischen
3 Verbänden ein wichtiges Zeichen gegeben. Ein entsprechendes Signal, das Muslime zu
4 unserer Gesellschaft gehören, sollte auch auf kommunaler Ebene gegeben werden. Die
5 FDP regt daher an, vergleichbare Dialogveranstaltungen auch in den größeren Städten
6 einzuberufen. Hier sollen auf höchster Ebene Chancen und Grenzen eines Wertedia-
7 logs ausgelotet und praktische Beiträge der muslimischen Gemeinden für die Integrati-
8 onspolitik diskutiert werden. Eingeladen werden sollen nicht nur die traditionellen Ver-
9 bände und Moscheenvereine, sondern auch Vertreter eines säkularen Islam bzw. nicht-
10 religiöse Migranten, die aus muslimischen Ländern stammen.

11
12 Die FDP ist froh, dass es heute wieder eine Renaissance jüdischen Lebens in Deutsch-
13 land gibt. Dabei tragen die jüdischen Gemeinden in vorbildlicher Weise zur Integration
14 von jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa bei. Diese Integrationsleistung muss nach
15 Auffassung der Liberalen in den Kommunen unterstützt und in ihrer Vorbildfunktion für
16 andere Integrationsbemühungen öffentlich gewürdigt werden. Gerade angesichts der
17 unvergleichbaren Verbrechen des Holocaust tragen deutscher Staat und Gesellschaft
18 eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Leben. Dabei ist es beschä-
19 mend, dass jüdische Einrichtungen auch heute noch zum Teil erheblichen Polizeischut-
20 zes bedürfen, um sie vor antisemitischen Übergriffen zu schützen. Die Liberalen sehen
21 es als ihre Aufgabe an, Antisemitismus in allen Bereichen der Gesellschaft zu bekämp-
22 fen. Die FDP hält es dabei für notwendig, dass im Schulunterricht neben der Auseinan-
23 dersetzung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung auch über das heutige Ju-
24 dentum informiert wird und Jugendlichen somit ein historisch bewusster, aber unver-
25 krampfter Zugang zum Judentum ermöglicht wird.

26
27 Gerade aufgrund ihrer strikt säkularen Orientierung kann die FDP Moderator im Dialog
28 unterschiedlicher Religionen sein. Sie regt an, in Kommunen, Ländern und Bund Dialog-
29 foren zwischen Christen, Juden, Muslimen, aber auch Angehörigen anderer Religionen
30 und Atheisten zu gründen, in denen Fragen der Integration erörtert werden.

31 32 **Integration und Emanzipation**

33
34 Mit großer Sorge sieht die FDP, dass es insbesondere innerhalb der muslimischen Ge-
35 meinschaft in Deutschland eine nicht unerhebliche Zahl von arrangierten Ehen gibt, die
36 mitunter den Charakter von Zwangsehen haben. Dabei kommt es auch zu so genannter
37 Heiratsmigration. Von hier lebenden Migranten nachträglich im Herkunftsland geheirate-
38 te und dann im Zuge des Familiennachzugs eingereiste Ehepartner befinden sich auf-
39 grund sprachlicher und kultureller Anpassungsschwierigkeiten häufig in vollständiger
40 Abhängigkeit von ihrem Partner. Die neuen Anforderungen im reformierten Zuwande-
41 rungsgesetz, bei Ländern mit Visumpflicht das Nachzugsalter von Ehegatten auf 18
42 Jahre festzusetzen sowie einen simplen Überlebenswortschatz (200 Worte) der deut-
43 schen Sprache zur Bedingung zu machen, werden von der FDP ausdrücklich begrüßt.
44 Integrationskurse für Heiratsmigrantinnen müssen insbesondere die unveräußerlichen
45 Menschen- und Freiheitsrechte von Frauen beinhalten, den Umgang mit Behörden, Po-
46 lizei und Gerichten erklären und auf den Opferschutz hinweisen.

47 Die Liberalen treten darüber hinaus dafür ein, den gesamten rechtlichen Spielraum zu
48 nutzen, um sowohl unfreiwillige Heiratsmigration als auch Zwangsehen insgesamt zu
49 verhindern. Durch eine maßgeblich von der FDP initiierten Bundesratsinitiative konnte
50 mit dem Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz ein eigener Straftatbestand eingeführt wer-
51 den und die zivilrechtliche Situation zwangsverheirateter Frauen verbessert werden. Die
52 FDP fordert darüber hinaus, den aufenthaltsrechtlichen Status von potentiell Zwangs-
53 verheirateten zu sichern, ein Rückkehrrecht für zur Zwangsheirat Verschleppte zu ga-
54 rantieren und Minderjährigen, die von Zwangsheirat bedroht sind, staatliche Hilfe ohne
55 Zustimmung der Eltern zu ermöglichen. Zudem bedarf es geeigneter Zufluchtsmöglich-
56 keiten für die betroffenen Frauen.

57
58 Vielfach herrscht in einfachen, bildungsfernen Zuwandererfamilien ein patriarchaler
59 Ehrbegriff vor, der zum Teil durch eine selektive Interpretation des Korans bzw. der

62. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 25. April 2009 in Bielefeld

Seite 13

Antrag Nr. A 09-2-11

1 Scharia, zum Teil aus Tradition begründet wird. Mit diesem Ehrbegriff wird die Abschot-
2 tung insbesondere junger Muslima vom Lebensstil der Mehrheitsgesellschaft begründet.
3 Eine solche Unterdrückung der Freiheitsrechte junger Frauen ist in einer offenen Ge-
4 sellschaft nicht hinnehmbar. Daher tritt die FDP dafür ein, dass Jungen und Mädchen
5 aus allen Familien, die in unserer Gesellschaft leben wollen, von Anfang an mit gleichen
6 Rechten und Pflichten erzogen werden. Dies betrifft insbesondere den Schulunterricht.
7 Eine Befreiung von Unterrichtsteilen wie Klassenfahrten, Sport- und Schwimmunterricht
8 oder Sexualkunde aus kulturellen oder religiösen Gründen lehnen die Freien Demokra-
9 ten kategorisch ab.

10
11 Die FDP tritt dafür ein, dass mit breit angelegten Aufklärungskampagnen unter Mitwir-
12 kung aufgeklärter Muslime dafür geworben wird, dass nur durch einen gleichberechtig-
13 ten Zugang für Mädchen und Frauen zu allen Bildungseinrichtungen und durch eine
14 selbst bestimmte Lebensweise eine dauerhafte Integration möglich ist. Dazu bedarf es
15 einer zielgruppenadäquaten, familien- und communitybezogenen Ansprache und stadt-
16 eilbezogene Aufklärungsarbeit in und mit den Quartieren.

17
18 Im Rahmen einer solchen Kampagne müssen auch positive Integrationsbeispiele junger
19 Frauen hervorgehoben werden. Dies ist umso wichtiger, da heute insbesondere junge
20 Frauen aus muslimischen Familien nicht nur um die Emanzipation von tradierten Rollen
21 kämpfen müssen, sondern allein aufgrund ihrer Herkunft auch von der Mehrheitsgesell-
22 schaft häufig generell als unselbstständig, unaufgeklärt und unterdrückt stigmatisiert
23 werden, selbst wenn sie sich vom traditionellen Rollenverständnis emanzipiert haben.

24
25 Aus Sicht der Liberalen kann eine solche Kampagne nur Erfolg versprechend sein,
26 wenn die Rolle von Mädchen und Frauen auf allen relevanten Ebenen wie etwa im Kin-
27 dergarten, im Schulunterricht, Jugendzentren und Integrationskursen altersgerecht auf-
28 bereitet und vermittelt wird und von aufsuchender Sozialarbeit flankiert wird. Die FDP
29 verlangt auch von den Migrantenverbänden, sich öffentlich und aktiv zum uneinge-
30 schränkten Selbstbestimmungsrecht der Frauen zu bekennen. Die Liberalen fordern ei-
31 ne vielsprachige Telefonhotline mit bundeseinheitlicher Notrufnummer, die auch im
32 Rahmen der Integrationskurse bekannt gemacht wird, an die sich bedrohte Frauen in Si-
33 tuationen von Diskriminierungen jeglicher Art wenden können.

34
35 Das Tragen eines Kopftuches oder einer anderen Kopfbedeckung ist für zahlreiche
36 muslimische Frauen Teil ihrer Glaubensauslegung und damit ihrer Persönlichkeit. Ande-
37 re muslimische Frauen haben sich dafür entschieden, kein Kopftuch zu tragen. Beide
38 individuellen Entscheidungen haben in einer pluralistischen Gesellschaft Respekt ver-
39 dient und dürfen nicht zur Grundlage von Diskriminierung werden. Klar ist aber auch,
40 dass keine Frau durch Druck dazu gedrängt werden darf, ein Kopftuch zu tragen. Ent-
41 scheidend ist die innere, freiwillige Entscheidung.

42 Auf der staatlichen Ebene besteht ein Konflikt zwischen der Religionsfreiheit der Frau,
43 die ein Kopftuch tragen möchte, und der religiösen Neutralität des Staates. Gerade im
44 Erziehungsbereich muss die religiöse Neutralität sich auch auf äußere Symbole bezie-
45 hen. Dies gilt insbesondere für das Kopftuch, das - wie das Bundesverfassungsgericht
46 festgestellt hat - zunehmend auch als ein politisches Symbol des islamischen Funda-
47 mentalismus gesehen wird, das die Abgrenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft,
48 wie individuelle Selbstbestimmung und insbesondere Emanzipation der Frau, ausdrückt.
49 Deshalb hat die FDP in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern durchgesetzt,
50 dass muslimischen Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches an öffentlichen Schulen
51 gesetzlich untersagt ist.

52
53 Anders bewertet die FDP dies in der Güterabwägung etwa bei Schöffen in Gerichten. Im
54 Gegensatz zu hauptamtlichen Richtern und Staatsanwälten repräsentieren diese nicht
55 den Staat. Vielmehr geht es darum, einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung
56 in die Rechtsprechung einzubeziehen.

57
58 Die FDP tritt seit Jahren für eine gleichberechtigte Stellung von Homosexuellen in unse-
59 rer Gesellschaft ein. In den vergangenen Jahrzehnten sind weitgehende Fortschritte bei

1 Gesetzgebung und gesellschaftlicher Akzeptanz gemacht worden. Diese Veränderungen
2 in der deutschen Gesellschaft müssen auch von Migranten akzeptiert werden. Die
3 bei Migranten aus dem moslemischen Kulturkreis, aber auch unter Russlanddeutschen
4 weit verbreitete Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit muss durch Dialog und Begegnung
5 abgebaut werden. Entsprechende Projekte sind aktiv in die Integrationspolitik aufzu-
6 nehmen. Projekte, die junge Lesben und Schwule beim Coming-Out unterstützen, sollen
7 auch auf Jugendliche mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden. Von besonderer
8 Bedeutung ist die Prävention von Gewalt, die insbesondere von jungen Migranten an
9 Schwulen verübt wird. Hier sind auch klare politische Signale und ggf. repressive Maß-
10 nahmen erforderlich.

11 **Integrationsgesetz, Landeseinrichtungen, Forschung und Evaluation**

12 Die FDP fordert, die integrationspolitischen Zielsetzungen des Landes und die diesbe-
13 züglichen Bestimmungen im Landesrecht in einem Integrationsgesetz zusammenzufas-
14 sen. Das Politikfeld würde dadurch öffentlichkeitswirksam aufgewertet. Im Zuge dessen
15 sollte auch eine Modernisierung und Durchsicht auf Erforderlichkeit der entsprechen-
16 den Vorschriften erfolgen, zum Beispiel des Landesaufnahmegesetzes.

17 Die Entwicklungen der Integration von Migranten müssen systematisch erforscht wer-
18 den, damit eine seriöse Integrationspolitik auch an den richtigen Stellen ansetzen kann.
19 Auf der Ebene des Unterrichts und der gezielten Förderung von Kindern und Jugendli-
20 chen mit Migrationshintergrund liegen bislang kaum gesicherte wissenschaftliche Er-
21 kenntnisse darüber vor, welche Maßnahmen besonders wirksam sind. Zusätzlicher For-
22 schungsbedarf besteht hier zur Wirksamkeit unterschiedlicher Sprachförderungskonzepte
23 sowie zum Transfer erfolgreicher Ansätze der Integrationsförderung in den Schulall-
24 tag und zur Frage, wie die interkulturellen Kompetenzen von Jugendlichen mit Migrati-
25 onshintergrund als positive Elemente in die Unterrichtsgestaltung eingebracht werden
26 können.

27 Die Statistik muss neben dem ausländischen Pass unbedingt das Kriterium Migrations-
28 hintergrund oder nicht-deutsche Herkunftssprache in ihren Untersuchungen berücksich-
29 tigen. Integrationsmaßnahmen müssen wiederum regelmäßig auf ihre Wirksamkeit ü-
30 berprüft werden, denn nur so kann eine kontinuierliche Verbesserung dieser Maßnah-
31 men erreicht und eine Nachhaltigkeit garantiert werden. Gerade bei der Evaluation von
32 Integrationsmaßnahmen besteht erheblicher Nachholbedarf.

33 Die FDP unterstützt daher die Realisierung von Studien zur Erforschung von Integrati-
34 onsthemen wie z. B. zur Bildungssituation der 2. und 3. Generation im Vergleich oder
35 zum Thema Heiratsverhalten. Hier gilt es insbesondere zu dem sensiblen Themenbe-
36 reich von Zwangsheirat und arrangierten Ehen belastbare Einschätzungen zu ermitteln.
37 Hinzukommen muss die wissenschaftliche Begleitung und externe wie interne Evaluie-
38 rung von Integrationsprojekten und Maßnahmen. Die so gewonnenen Erkenntnisse
39 müssen in die Weiterentwicklung von Integrationsprogrammen einfließen.

40 Die FDP hält Einrichtungen zur Integrationsforschung für unentbehrlich. Sie müssen a-
41 ber allen Ansprüchen an eine objektive fachwissenschaftliche Forschung genügen. In
42 diesem Sinne befürworten wir, wenn die Essener Stiftung Zentrum für Türkeistudien
43 (ZfT) zukünftig stärker mit der Universität Duisburg-Essen verbunden und dadurch wis-
44 senschaftlich aufgewertet wird. Ferner müssen Instrumente zur Qualitätssicherung noch
45 intensiver genutzt werden.

46
47
48
49
50
51
52
53
54 **BESCHLUSS:**
55